ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Ende des Deutschen Sonderwegs?

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1992) : Ende des Deutschen Sonderwegs?, In: Wolfgang Ruppert (Ed.): "Deutschland bleiche Mutter" oder eine neue Lust an der nationalen Identität?: Texte des Karl Hofer Symposions 12.-17.11.1990, ISBN 3-89462-024-2, Hochschule der Künste, Berlin, pp. 9-31

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112469

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Jürgen Kocka

Ende des Deutschen Sonderwegs?

Im folgenden geht es um eine kontroverse Sicht der neueren deutschen Geschichte. Es geht um eine geschichtswissenschaftliche Debatte mit politischen Obertönen. Denn die These vom "deutschen Sonderweg" steht nicht nur im Mittelpunkt einer kritischen Interpretation deutscher Geschichte im Vergleich mit dem Westen. Sie beansprucht vielmehr auch, die deutsche Gegenwart in spezifischer Weise zu verorten und damit zur unaufhörlichen Diskussion über die Identität der Deutschen beizutragen. Erst recht gilt das für die These vom "Ende des Sonderwegs".

Zunächst soll kurz auf eine Variante der Sonderweg-These verwiesen werden, die nicht Gegenstand dieses Beitrags ist. Zweitens soll die Sonderweg-Interpretation der neueren deutschen Geschichte rekonstruiert werden, wie sie sich seit den 1940er Jahren herausgebildet hat. Drittens fasse ich die wichtigsten Einwände gegen diese Interpretation zusammen. Viertens formuliere ich meine eigene Position. Abschließend seien einige Bemerkungen darüber angefügt, was die 1990 vollzogene Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf dem Hintergrund der Debatte über den deutschen Sonderweg bedeuten könnte.

I. Die ältere Sonderweg-Diskussion, um die es im folgenden nicht gehen soll, erreichte ihren propagandistisch gefärbten Höhepunkt im Ersten Weltkrieg. In der Zwischenkriegszeit wurde sie fortgesetzt, aber nach 1945 hat sie keine Rolle mehr gespielt. Ich meine die unter deutschen Historikern, Intellektuellen und Publizisten im 19. Jahrhundert allmählich wachsende und sich mit dem Ersten Weltkrieg zuspitzende Überzeugung, daß es so etwas wie einen besonderen deutschen Weg in die Moderne gebe, der vom Pfad des Westens abweiche, und zwar völlig zu recht, entweder weil unter den spezifischen geographischen, sozialen und kulturellen Bedingungen Deutschlands westeuropäische Lösungen nicht taugen oder - radikaler - weil die deutsche "Sonderform" (E. Troeltsch) im Prinzip überlegen sei und die anderen früher oder später zur Nachfolge zwingen werde.

Mit verschiedenen Nuancen und in verschiedenen Mischungen von Selbstbewußtsein und Nachdenklichkeit stellten Historiker wie Hintze und Schäfer, Sozialwissenschaftler wie Sombart, Plenge und Troeltsch, auch Schriftsteller wie Thomas Mann die "deutsche Kultur" gegen die "westliche Zivilisation", den deutschen Beamtenstaat gegen den britischen Parlamentarismus, das preußische Dienstethos gegen westlichen Eudämonismus, die sozialstaatlichen Elemente im eigenen Land gegen das Laissez-faire und die Plutokratie im Westen, Romantik und Historismus gegen Naturrechtslehre und platte Aufklärung. Seine schrillste Ausformung fand dieses Sonderbewußtsein in den sog. "deutschen Ideen von 1914", die gegen die sog. "westlichen Ideen von 1789" ausgespielt wurden. Werner Sombarts "Händler und Helden" von1915 und Thomas Manns "Betrachtungen eines Unpolitischen" von 1918 sind vielleicht am besten in Erinnerung geblieben. Diese Ideologie eines überlegenen deutschen Sonderwegs diente nach 1919 als Grundlage der Kritik an der parlamentarisch-demokratischen Republik als westlich und undeutsch, und in einigen ihrer Varianten floß diese Ideologie, wie Karl-Dietrich Bracher, Hermann Lübbe und Kurt Sontheimer früh gezeigt haben, ins nationalsozialistische Ideengebräu ein, mit dem sie dann - bis auf weiteres - untergingen. Es könnte nun im einzelnen gezeigt werden, in welch verschiedenen Zusammenhängen Elemente dieser Ideologie auftraten, wie sie bei Troeltsch und Meinecke modifiziert wurde, wie sie die Blickwinkel und die Forschung der Neuzeit-Historiker prägte - aber das ist nicht mein Thema. Bernd Faulenbach hat ein gutes Buch darüber geschrieben. (1)

II. Ich möchte mich vielmehr auf eine andere Bedeutung der Rede vom deutschen Sonderweg konzentrieren, auf eine traditionskritische Variante der Sonderweg-These, die im wesentlichen im zweiten Drittel dieses Jahrhunderts ausgearbeitet wurde, die die Historikergeneration, der ich angehöre, stark beeinflußt hat, die bis heute wirksam ist und die Gegenstand einer theoretisch nicht uninterressanten Historiker-Debatte mit vielen politischen Obertönen geworden ist. Diese kritische Sonderweg-These - so werde ich sie im folgenden nennen - besaß Vorläufer und Stammväter, vor allem im sozialistischen und im linksliberalen Milieu. Marx und Engels hatten zwischendurch die relative Rückständigkeit des deutschen Kapitalismus und die relative Schwäche

der deutschen Bourgeosie erwähnt - immer im Vergleich zu Frankreich und England. Webers beißende Kritik an der Unterentwicklung deutscher Bürgerlichkeit und an der Feudalisierung des deutschen Großbürgertums maß diese ausdrücklich am westlichen Europa. Vom "Industrievolk im politischen Kleide des Agrarstaats" sprach der liberale Publizist und Politiker Naumann 1909 und klagte: "Unser politischer Zustand ist etwa so, wie wenn in alte Landwirtschaftsgebäude eine täglich sich ausdehnende Fabrik hineingebaut wird. Da steht die modernste Maschine unter einem alten Dachbalken, und eiserne Träger werden durch Lehmwände hindurchgezogen" (2). Der Amerikaner Thorstein Veblen kritisierte das Kaiserreich 1915 mit ähnlicher Stoßrichtung. Ernst Bloch stand also in einer langen Diskussionstradition, wenn er 1932 Deutschland - im Unterschied zu England und Frankreich - als "das klassische Land der Ungleichzeitigkeit" bezeichnete, als das Land "der unüberwundenen Reste älteren ökonomischen Seins und Bewußtseins".

Dieses Zitat gehört schon in eine ganze Serie von Deutungen hinein, die - meist von links kommend - kurz vor und nach 1933 den Aufstieg des Nationalsozialismus zu erklären versuchten und ihn als Ausdruck der Schwäche des deutschen Bürgertums deuteten, das in der aktuellen Krise - anders als das westeuropäische - zu schwach sei, selbst zu regieren und deshalb die Macht einem neuen Bonaparte geradezu aufdrängte, damit der es vor Schlimmerem bewahre. Die frühen Faschismuserklärungen Borkenaus und Thalheimers enthalten insofern Elemente der sich herausbildenden Sonderwegsthese, um die es im folgenden geht.

Ihre entscheidende Prägung erhielt diese These aber erst durch deutsch-amerikanische, teilweise auch deutsch-englische Vergleiche in den dreißiger und vierziger Jahren, die nach 1933 notwendig zum Systemvergleich werden mußten. Amerikanische Besucher Deutschlands sind einerseits zu nennen, wie Talcott Parsons und später auch Gordon Craig; auf der anderen Seite (und vor allem) deutsche Emigranten und Flüchtlige wie Hans Rosenberg, Hajo Holborn und Ernst Fraenkel. Die meisten von ihnen rechneten irgendwie zur intellektuellen Linken, sie standen - wie Ernst Fraenkel, Emil Lederer oder Max

Horkheimer - kapitalismuskritischen Argumenten nicht gerade fern, und sie hatten nun die für sie lebensrettende Erfahrung zu verarbeiten, daß keineswegs alle hochentwickelten westlichen Länder mit bürgerlichem Gesellschafts- und kapitalistischem Wirtschaftssystem faschistisch pervertierten, sondern eben nur Deutschland (neben Italien). Die Frage, warum Deutschland im Unterschied zu vergleichbaren, hochentwickelten Ländern im Westen in der Krise der Zwischenkriegszeit faschistisch beziehungsweise totalitär wurde, war der Motor, der eigentliche Kern, das politisch-intellektuelle Zentrum der entstehenden Sonderweg-These bei ihren Vätern in den dreißiger und vierziger Jahren, aber, wie mir scheint, auch bei ihren späteren Vertretern.

Natürlich übersah man nicht die große Bedeutung, die kurzfristige Faktoren für den Zusammenbruch der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus besaßen. Wer hätte die Konsequenzen des Ersten Weltkrieges und der als demütigend erfahrenen Niederlage übersehen können? Unbestritten war auch, daß die Schwierigkeiten der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und schließlich die Große Depression die Probleme der ersten deutschen Republik verschärften und zum Aufstieg Hitlers beitrugen.

Aber gleichzeitig - und das entsprach der sich international damals verstärkenden Überzeugung von der Wirkungsmächtigkeit der longues durees, der Strukturen und Prozesse langer Dauer - blickte man ins 19., ja 18. Jahrhundert zurück, und manchmal noch weiter. Durch expliziten oder impliziten Vergleich mit England, Frankreich, den USA oder schlicht mit "dem Westen" versuchte man, Besonderheiten der deutschen Geschichte, Strukturen und Erfahrungen, Prozesse und Weichenstellungen zu identifizieren, die zwar nicht direkt zum Nationalsozialismus führten, aber langfristig die Entwicklung liberaler Demokratie in Deutschland behinderten und letztlich den Aufstieg des deutschen Faschismus erleichterten. Zu diesem Argument haben eine große Zahl verschiedener Autoren sehr Verschiedenes beigetragen, meist übrigens ohne das Wort "Sonderweg" zu benutzen.

Helmut Plessner sprach von der "verspäteten Nation", dem verzöger-

ten Prozeß der Nationalstaatsbildung "von oben", und andere Historiker haben argumentiert, daß der Nationalismus im Kaiserreich eine besonders agressive, frühzeitig nach rechts tendierende und destruktive Rolle spielte. Fraenkel, Bracher, Gerhard A. Ritter, Lepsius und andere identifizierten langfristig wirksame Schwächen des deutschen Regierungssystems: die blockierte Parlamentarisierung, ein scharf fragmentiertes, geradezu versäultes Parteiensystem und andere Faktoren, die sich später als Belastung des Weimarer Parlamentarismus auswirkten und zu seinen Funktionsschwierigkeiten beitrugen. Leonard Krieger, Fritz Stern, George Mosse, Kurt Sontheimer und andere betonen die illiberalen, anti-pluralistischen Elemente der deutschen politischen Kultur, auf denen später nationalsozialistisches Gedankengut aufbauen konnte. Hans Rosenberg und andere zeigten, daß vor-industrielle Eliten, vor allem die ostelbischen Agrarier ("Junker"), das hohe Beamtentum und das Offizierskorps viel Macht und Einfluß bis weit ins 20. Jahrhundert behielten. Langfristig standen sie der Demokratisierung und Parlamentarisierung im Wege; wie Heinrich August Winkler und andere ausführten, zeigte sich dies nicht zuletzt an der unheilvollen Rolle, die agrarische Interessen im Zusammenbruch der Weimarer Republik spielten. Die Reichsgründung mit "Blut und Eisen", unter preußischer Hegemonie, vergrößerte den politischen Einfluß und das soziale Gewicht des Offizierskorps mit seinen quasi-ständischen Ansprüchen auf Exklusivität und Autonomie. Zusammen mit den alten Eliten überlebten viele traditionelle - vor-industrielle - Normen, Mentalitäten und Lebensstile, zum Beispiel autoritäre Denkmuster und antiproletarische Ansprüche im Kleinbürgertum wie auch militaristische Elemente in der politischen Kultur des Bürgertums, man denke an den "Reserveoffizier". Im Anschluß an Max Webers klassische Kritik diagnostizierte man die "Feudalisierung" des deutschen Großbürgertums, das adelige Überlegenheit in der Politik und aristokratische Normen und Gewohnheiten zu akzeptieren schien, statt nach bürgerlicher Macht zu streben und bürgerliche Kultur zu pflegen. Ohne die Erfahrung einer erfolgreichen "Revolution von unten", geprägt durch eine lange Tradition bürokratisch geleiteter "Reformen von oben" und herausgefordert durch eine anschwellende Arbeiterbewegung, schien das deutsche Bürgertum vergleichsweise schwach und - im Vergleich zum Westen - geradezu unbürgerlich.

Nach den einflußreichen Interpretationen Ralf Dahrendorfs und Hans-Ulrich Wehlers erschien das Kaiserreich als eine Mischung zwischen höchst erfolgreicher kapitalistischer Industrialisierung und sozio-ökonomischer Modernisierung einerseits, überlebenden vorindustriellen Institutionen, Machtverhältnissen und Lebensstilen andererseits, als ein wenig stabiles System, dessen innere Spannung zu viel Unterdrückung und Manipulation im Inneren wie auch zu einer vergleichsweise aggressiven Außenpolitik führte. In diesem Zusammenhang wurde Deutschlands besondere Verantwortung am Ausbruch des Ersten Weltkrieges von Fritz Fischer und seinen Schülern betont. (3)

Natürlich sahen auch die Vertreter dieser Interpretationsrichtung, daß der Erste Weltkrieg, die Niederlage und die Revolution von 1918/19 einen tiefen Einbruch bedeuteten und die Konstellation veränderten. Der alte Obrigkeitsstaat, das Beamtentum und das Militär verloren nach 1918 ein ganzes Stück ihrer herkömmlichen Legitimität, die alten Eliten wurden teilweise ersetzt, eine parlamentarische Demokratie entstand, und die sich spaltende Arbeiterbewegung war einer der Gewinner. Die Entwicklung des Sozialstaates machte rasche Fortschritte. Trotzdem, so die Historiker des Sonderwegs, überlebten viele der alten Belastungen und trugen zu den besonderen Schwächen der Weimarer Demokratie bei, so daß sie unter der Herausforderung der Großen Depression kollabierte, während die stabileren Demokratien des Westens und Nordens überlebten.

Denn, nachdem die Parlamentarisierung so lange blockiert worden war, funktionierte das in Krieg und Niederlage geborene parlamentarische System nur unter Schwierigkeiten und war nicht kraftvoll genug, mit den tiefen sozialen Spannungen zurecht zu kommen, die im Anschluß an den Krieg und als Folge der wirtschaftlichen Turbulenzen entstanden. Die Kernelemente des wilhelminischen Parteiensystems überlebten die Revolution; die Parteien hatten nicht rechtzeitig gelernt, parlamentarisch zu agieren und die in diesem System notwendigen Kompromisse einzugehen. Traditionale Orientierungen und exklusive Erwartungen hatten in großen Teilen der Oberschicht überlebt - bei den Junkern, in der hohen Beamtenschaft, im Offizierskorps, in der Justiz und in Teilen der Bourgeoisie -, und diese herkömmlichen, vor-

demokratischen, teilweise vormodernen Orientierungen und Ansprüche stießen zunehmend mit den Weimarer Realitäten zusammen. So erklärt sich, warum große Teile der Oberschicht der neuen demokratischen Republik skeptisch oder feindlich gegenüberstanden und zu ihrem frühen Zusammenbruch beitrugen. In Teilen des Kleinbürgertums überlebten ebenfalls herkömmliche, hohe und fest mit dem Staate rechnende Erwartungen, die sich zum Protest gegen das neue politische System wandelten, als sich dieses unfähig zeigte, sie vor den Herausforderungen der Modernisierung zu schützen. Trotz Berlins und der Weimarer Moderne überlebten und verstärkten sich illiberale Elemente der politischen Kultur, und in verschlungener Weise kamen diese dem Aufstieg des Nazismus zugute.

Aus dieser Sicht waren es also nicht nur die ökonomische Krise, explosive Klassenspaltungen und destabilisierende Modernisierungsfolgen, die für die Krise der Weimarer Republik verantwortlich zeichneten. Zwar fielen solche "modernen" Faktoren ins Gewicht, aber sie gab es ja auch in anderen Ländern. In Deutschland jedoch wurden sie durch weiterwirkende, wenn auch in Frage gestellte, vormoderne Strukturen und Traditionen verstärkt - das Erbe des Sonderwegs. (4)

Man könnte noch viele, sehr viele Autoren nennen, die an dieser Interpretationsrichtung partizipiert oder zu ihr beigetragen haben, Historiker vor allem, aber auch Literatur- und Sozialwissenschaftler wie Hohendahl oder Habermas, um nur zwei zu nennen. Ich habe diese Interpretationsrichtung sehr knapp und zugespitzt dargestellt, übrigens - aus meiner Sicht - so überzeugend wie möglich, und dabei habe ich einige unhaltbare Neben- und Extrempositionen nicht aufgenommen. Dadurch erscheint die These systematischer und geschlossener, als sie es in Wirklichkeit je war. Vor allem standen die meisten der genannten Autoren oft nur hinter einzelnen Teilen der These, ohne diese zur Gänze zu unterschreiben. Aber es kann hier unmöglich um eine Auseinandersetzung mit den einzelnen Autoren gehen. Diese These, diese Interpretationsrichtung war und ist meiner Meinung nach nicht ohne Überzeugungskraft. Sie befand und befindet sich mit sehr vielen empirischen Beobachtungen in Übereinstimmung und vermag sie auf-

einander zu beziehen, unter leitenden Gesichtspunkten zu synthetisieren. Sie rückt die deutsche Geschichte in einen breiteren vergleichenden und die bedrängende Erinnerung an die "deutsche Katastrophe" in einen langen zeitlichen Zusammenhang. Sie erlaubt es somit, den Nationalsozialismus mit seinen Ursachen und Folgen als Teil der eigenen Geschichte anzuerkennen, wie auch sich kritisch von ihm zu distanzieren.

Sie hat es auch in sich, die deutsche Gegenwart relativ zum Nationalsozialismus und seiner Vorgeschichte zu verorten. Denn, das kann jetzt nur angedeutet werden, in der Konsequenz dieser Interpretationsrichtung liegt es, die Jahre um 1945 als tiefen Traditionsbruch zu verstehen. Vieles von dem, was den Sonderweg ausmachte, ging nämlich in Diktatur, Krieg und Zusammenbruch zugrunde. Die gesellschaftlich-politische Macht der Agrarier, die verbreitete Republik- und Demokratiefeindschaft der Oberschichten, der Militarismus, das antiwestliche Syndrom, die anti-parlamentarischen Traditionen, der extreme Nationalismus haben - so kann man denken und hoffen - jenen Strudel, den sie mit herbeiführen halfen, nicht oder doch nur sehr geschwächt überlebt, zusammen mit anderen Traditionen, deren Verlust oder Schwächung man eher bedauern mag. Demnach wäre, nach mehr als einem Jahrhundert, eine lange Periode zunehmender Distanzierung Deutschlands vom Westen - "the German divergence from the West" - zu Ende gegangen, jedenfalls in der Bundesrepublik. Was die Vereinigung Deutschlands unter diesen Gesichtspunkten bedeutet, wird am Schluß dieses Aufsatzes angesprochen.

III. Die Sonderweg-These hat nie allgemeine Zustimmung gefunden. Von marxistisch-leninistischer Seite begegnete man ihr eher mit Reserve, solange man dort den Faschismus als Konsequenz der Widersprüche kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaften im allgemeinen zu begreifen suchte - und dabei nicht recht erklären konnte, warum er in Deutschland, nicht aber in den westlichen Demokratien durchbrach. Und es gab und gibt eine ganze Reihe anderer Gegenargumente, deren Verbreitung und Kraft in den 80er Jahren zugenommen haben. Ich fasse die meines Erachtens wichtigsten Einwände gegen die Sonderweg-These in fünf Punkten zusammen.

1. Es sei einseitig, deutsche Geschichte sub specie 1933 (oder 1933-1945) zu interpretieren. Thomas Nipperdey hat betont, daß die deutsche Geschichte "mehrere Kontinuitäten" enthalte. Das Kaiserreich sei nicht nur Vorgeschichte von 1933, sondern eben auch Vorgeschichte unserer Gegenwart, und überdies eine Periode in eigenem Recht. "Jede Epoche der Geschichte ist mittelbar zu Hitler, sie ist aber unmittelbar auch etwas Eigenes, das ist der unmythologische Sinn von Rankes bekanntem Diktum, sie sei unmittelbar zu Gott." Mit zunehmender zeitlicher Distanz zum Nationalsozisalismus läge es auch immer weniger nahe, deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts vor allem in bezug auf den Kollaps der Weimarer Republik und den Sieg des Nationalsozialismus zu interpretieren. (5) Andere haben gemeint, daß die Historiker mit wachsendem zeitlichen Abstand aus dem Schatten des Nationalsozialismus hervortreten, von der Konzentration auf ihn als Angelpunkt ihrer Interpretationen ablassen und ein balancierteres Bild der ganzen deutschen Geschichte entwickeln sollten. (6)

2. Ein zweites Bündel von Einwänden entspricht der bekannten Kritik am modernisierungstheoretischen Ansatz. Die Vorstellung eines deutschen Sonderwegs, so wird kritisiert, unterstelle die Existenz eines "normalen Wegs", von dem die deutsche Entwicklung abgewichen sei. Falls "normal" soviel wie "durchschnittlich", "wahrscheinlich" oder "am häufigsten" heiße, dürfte es schwierig sein, zu zeigen, daß die französische, die englische und die amerikanische Entwicklung die "Normalität" darstellten - ganz abgesehen davon, daß zwischen ihnen große Unterschiede bestanden und sie sich deshalb zur Zusammenfassung als "westlich" wenig eignen. In gewisser Hinsicht habe eben jedes Land seinen "Sonderweg". - Falls "normal" aber im Sinne von "Norm" gemeint wäre, dann sei die Schwierigkeit eher noch größer. Denn wenn man "den Westen" als normatives Modell setze, von dem die deutsche Entwicklung zu ihrem Schaden abgewichen sei, dann impliziere das sehr subjektive Wertentscheidungen und überdies die Gefahr einer Idealisierung "des Westens". Vor allem die Engländer David Blackbourn und Geoff Eley haben so argumentiert und dabei Applaus von solchen Stimmen erhalten, die ohnehin ein weniger selbstkritisches identifikationsfähiges Bild der deutschen Geschichte bevorzugen. (7) Generell hat ja in den letzten zwei Jahrzehnten eine

kritischere Haltung gegenüber der westlichen Modernisierung an Boden gewonnen. Zivilisationskritik ist verbreitet. Amerika ist heute in viel geringerem Ausmaß das bewunderte Modell, das es noch vor einem Vierteljahrhundert war. Mit wachsendem Zweifel am Modell der westlichen Modernisierung hat aber die Sonderwegs-These schlichtweg an Evidenz, an selbstverständlicher Plausibilität verloren.

3. Neuere empirische Studien scheinen zu zeigen, daß vielleicht die Kausalbedeutung vormoderner Mentalitäten, Strukturen und Eliten für die Krise der Weimarer Republik überschätzt worden ist. Dagegen werden die Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges und der Inflation, die Weltwirtschaftskrise und der angeblich überstürzte Aufbau des Weimarer Sozialstaats als Erklärungsfaktoren stärker betont.
Andere Autoren nehmen ältere Argumentationen auf und betonen, daß es gerade die schnelle Modernisierung war, die zu sozialen und kulturellen Anomien und Spannungen führte, welche ihrerseits die Krise verschärften und das System destabilisierten. Der Mißerfolg Weimars erscheint als Folge der "Widersprüche der klassischen Moderne" - so der Untertitel einer neuen Geschichte der Weimarer Republik. Ein anderer Historiker schreibt: "Hitlers Aufstieg kam aus den Krisen und Katastrophen einer säkularisierten, von Aufbruch zu Aufbruch stürzenden Zivilisation, deren Signum Orientierungsverlust und vergebliche Suche nach Sicherheit war." (9) Der Blick scheint sich zu verschieben. Hitler wird zu einem Problem Europas und der Faschismus zu einem Ausdruck der Malaise der Moderne. Das Interesse an deutschen Besonderheiten rückt an den Rand.

4. Neue Interpretationen des Kaiserreichs haben seine Modernität stark betont: seine Errungenschaften auf den Gebieten der Bildung, der Wissenschaften und der Architektur, seine angeblich sehr entwickelte Bürgerlichkeit - im Privatrecht, im Pressewesen, auf dem Theater und in anderen Bereichen der Kultur. Manche gingen noch weiter und sprachen von der Hegemonie des Bürgertums im ökonomischen, sozialen und kulturellen Leben des Kaiserreichs. Man hat versucht, die Bismarck'sche Reichsgründung als eine Form der bürgerlichen Revolution zu interpretieren. Das geht sicher zu weit, aber die ältere Sicht - das Kaiserreich als Produkt partieller Modernisierung mit einer

modernen Ökonomie unter einem antiquierten politisch-kulturellen Dach, ein Reich, das primär durch Manipulation und Repression zusammengehalten wurde - ist erschüttert, und mit ihm eine Säule der Sonderweg-Argumentation. (10)

5. Vergleichende Forschungen der letzten Jahre haben die Zweifel an der Sonderweg-These genährt. So scheint es eher der europäische Normalfall als eine deutsche Besonderheit gewesen zu sein, daß sich das Bürgertum nicht zur herrschenden Klasse aufschwang (wie vielleicht in Belgien, den Niederlanden und später in den USA). Genaue Vergleiche scheinen zu zeigen, daß das, was lange als spezifische Schwäche des deutschen Bürgertums interpretiert worden ist (z.B. die Orientierung des Großbürgertums an aristokratischen Modellen), eher ein gesamteuropäisches Phänomen darstellte. Wenn man bürgerliche Selbstverwaltung in englischen, französischen, deutschen und russischen Städten des 19. Jahrhunderts vergleicht, ergibt sich nicht das Bild eines für Deutschland spezifischen Defizits an Bürgerlichkeit - eher im Gegenteil. Und die wirtschaftsgeschichtliche Forschung hat herausgearbeitet, daß das Wachstum der deutschen Wirtschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entgegen den Annahmen mancher Sonderweg-Historiker nicht überdurchschnittlich rasant war, sondern im guten Mittelfeld lag - jedenfalls wenn man mit dem Durchschnitt vieler europäischer Länder statt nur mit England bzw. England und Frankreich vergleicht. Überhaupt: Vergleicht man mit Ost- oder Südeuropa, dann erscheint die deutsche Entwicklung in ganz anderem Licht. Muß man nicht die Fixierung auf den Vergleich mit "dem Westen" überprüfen? (11)

Man könnte weitere Kritik an der Sonderweg-These nennen und etwa darauf verweisen, daß einige Historiker eine konkurrierende Sonderweg-These ins Spiel gebracht haben, die geohistorisch bzw. "machtgeographisch" - mit der Mittellage Deutschlands "im Herzen Europas" - argumentiert, (12) aber auf die Darstellung dieser Position verzichte ich jetzt.

Die Einwände, die ich - in Auswahl und meiner Zuspitzung - vorgetragen habe, sind, wie ich glaube, die stärksten. Sie sind gewichtig genug.

IV. Zunächst einmal zwingt die Kritik dazu, den Geltungsanspruch der These präziser zu fassen und einzugrenzen. Die Sonderweg-These ist kein Passepartout für die ganze deutsche Geschichte unter allen möglichen Fragestellungen, sondern sie begründet eine Perspektive, aus der ein großer Teil - viele Dimensionen - unserer neueren Geschichte in spezifischer Weise belangvoll verknüpft und rekonstruiert werden können. Zweifellos gibt es aber viele Fragestellungen, die in bezug auf die Denkfigur eines deutschen Sonderwegs wenig nützlich oder gar irreführend sind. Untersucht man - zum Beispiel - die deutsche Industrialisierung im europäischen Vergleich mit der Frage nach den Ursachen unterschiedlicher Wachstumsgeschwindigkeiten, wie es viele Wirtschaftshistoriker tun, dann macht es wenig Sinn, von einem deutschen Sonderweg zu sprechen, es sei denn in dem unbestreitbaren, aber banalen und keine große These tragenden Sinn, daß jedes Land - letztlich auch jeder Ort - seinen Sonderweg hat. (13) Untersucht man die Geschichte der neuzeitlichen Wissenschaften in Deutschland und anderen Ländern und interessiert man sich dabei (mit Weber) für den säkularen Prozeß okzidentaler Rationalisierung, dann kann man mit der Denkfigur des Sonderwegs wenig anfangen. Auch eine vergleichende Untersuchung sozialer Ungleichheit im 19. und 20. Jahrhundert kommt sehr gut ohne die These vom Sonderweg aus. Wenn aber der leitende Gesichtspunkt, das leitende Erkenntnisinterresse direkt oder indirekt auf die teilweise weit zurückreichenden Ursachen, die Folgen, die Bedeutung des Nationalsozialismus zielt, dann und vermutlich nur dann macht die Denkfigur eines Sonderwegs geschichtswissenschaftlich Sinn. Warum pervertieren in Deutschland der Rechtsstaat und das System der bürgerlichen Gesellschaft faschistisch bzw. totalitär, während in vergleichbaren Ländern Europas dergleichen nicht geschah, obwohl jene Länder im betreffenden Zeitraum unter ähnlichen Bedingungen existierten und mit ähnlichen (inneren) Herausforderungen konfrontiert waren? Wenn es um diese Frage geht oder um die Bedeutung dieser Frage für die deutsche Geschichte vor, unter und nach Hitler, dann - und vermutlich nur dann - macht die These des Sonderwegs Sinn, und sei es als Hypothese oder als strukturierendes Prinzip. Aus diesem Erkenntnisinteresse heraus ist die These ja auch entstanden.

Sieht man es so, dann läßt sich auch die oft kritisierte Wahl "des Westens" als Vergleichsfolie begründen. Sicherlich, die Entscheidung darüber, mit wem man sich vergleicht, entscheidet darüber mit, was man durch den Vergleich über sich erfährt. Vergleicht man Hitlers Diktatur mit Stalins Diktatur, entsteht ein anderes Bild, als wenn man das nationalsozialistische Deutschland mit den gleichzeitigen Verfassungsstaaten des Westens kontrastiert. Mit wem soll, mit wem will man sich vergleichen? Man hat die normativen Elemente kritisiert, die in der Wahl "des Westens" als Vergleichsfolie impliziert sind, und man moniert, daß das Sonderweg-Argument eine Homogenität der westlichen Staaten unterstellt, die in Wirklichkeit gar nicht besteht. In der Tat, diese Vergleichsperspektive hat ihre normativen Implikationen. Aber ist nicht - in bezug auf die Alternative "Faschismus contra demokratischer Rechtsstaat" - die Bilanz jener westlichen Länder tatsächlich überlegen? Verlief ihre Entwicklung in dieser Hinsicht nicht tatsächlich erfolgreicher und glücklicher als die deutsche? Darüber müßte Einverständnis zu erreichen sein. Wenn dem aber so ist, kann der unter diesem Gesichtspunkt durchaus einheitliche westliche Entwicklungspfad als historisches Vergleichsmodell dienen. Zwar läßt sich nicht zwingend beweisen, daß es notwendig sei, Deutschland mit Frankreich, England, Skandinavien oder Nordamerika zu vergleichen statt etwa mit Stalins Sowjetunion und dem Zarenreich davor. Zwingend beweisen, deduzieren läßt sich das nicht. Aber wenn man denn über vergleichende Forschung herausfinden will, wieso es zur "deutschen Katastrophe" kam und was sie bedeutet, wenn man die eigene Geschichte mit Bezug auf diesen gewichtigen Angelpunkt erfassen und interpretieren will, dann spricht viel für den Vergleich mit "dem Westen". Denn mit jenen westlichen Ländern war Deutschland durch einen ähnlichen Stand der ökonomischen Entwicklung verbunden, und eben auch durch gemeinsame Traditionen der Renaissance, der Aufklärung, der Menschen- und Bürgerrechte, des Rechts- und Verfassungsstaats. Trotzdem wurde Deutschland faschistisch und totalitär, die westlichen Länder dagegen nicht. Warum? Antworten auf diese Frage bietet die Sonderweg-These, die sich insofern durchaus gegen die grundsätzlichen theoretisch-methodischen Einwände verteidigen läßt, die ihr entgegengehalten werden.

Bessere Erklärungen sehe ich nicht. Die Erklärung des Scheiterns der Republik und des Siegs des Nationalsozialismus aus den "Widersprüchen der klassischen Moderne" paßt zwar gut in die heutigen modernisierungsskeptischen Grundstimmungen. Aber andere Länder waren auch modern, wahrscheinlich sogar moderner, und entgingen dem Schicksal Deutschlands. (14) - Sicher bedrückt und bewegt die nationalsozialistische Erfahrung in der Rückschau auch deshalb, weil sie klarmacht, was in der westlichen Zivilisation und was überhaupt menschenmöglich ist. Aber um ihn ursächlich zu erklären, um aus der Erklärung für die Zukunft zu lernen, um historisch präzis und gerecht zu sein, muß man ernst nehmen, daß es sich beim Sieg des Nationalsozialismus zunächst und vor allem um ein deutsches Phänomen handelte. Entsprechend: Was ein deutscher Eroberungskrieg war, sollte nicht unter der Hand in den letzten Akt eines "europäischen Bürgerkriegs" umgemünzt werden. (15) Jede der Sonderweg-These verpflichtete Interpretation steht der nachträglichen Europäisierung Hitlers - und damit einer falschen Entlastung - entgegen. Wie steht es aber mit den empirischen Einwänden gegen die Sonderweg-These? Zunächst zwei Präzisierungen:

Zum einen: Kein ernsthafter Historiker würde argumentieren, daß die längerfristigen Besonderheiten der deutschen Geschichte direkt mit Notwendigkeit auf 1933 zuführten. Zweifellos mußten viele zusätzliche Kausalfaktoren dazukommen - von den Folgen des verlorenen Kriegs bis zur Person Adolf Hitlers -, und möglicherweise hätte der Sieg des Nationalsozialismus noch Ende 1932 abgewendet werden können. Aus Strukturen und Prozessen sind Ereignisse selten abzuleiten, wenngleich solche Ereignisse durch vorausliegende Strukturen und Prozesse möglich und wahrscheinlich gemacht werden. Die Strukturen und Prozesse, die von der Sonderweg-Literatur analysiert worden sind, verschärften in der Tat die Schwierigkeiten der Weimarer Republik und erleichterten den Aufstieg des Nationalsozialismus. Die jüngere Forschung hat dem Gesamtbild neue Elemente hinzugefügt und Akzente verschoben, die Grundlinien der Interpretation wurden nicht revidiert. Die Zurückweisung der Weimarer Republik durch große Teile der Oberschicht, der anti-demokratische Nationalismus, die Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems, die Macht der Agrarier und des

Offizierskorps, illiberale Elemente in der politischen Kultur, die Schwäche des demokratisch-republikanischen Lagers - solche Faktoren erklären den Zusammenbruch der Weimater Republik mit und sind selbst Produkte vorangehender Prozesse und Strukturen, wie sie im Rahmen der Sonderweg-These identifiziert worden sind.

Zum anderen: Analytisch wird man zwischen der Schwäche und dem Zusammenbruch der Weimarer Republik einerseits, dem Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus andererseits unterscheiden müssen. Die Besonderheiten der deutschen Geschichte, die unter dem Stichwort "Sonderweg" zusammengefaßt werden, erklären eher die Schwächen und den frühen Zusammenbruch der Weimarer Republik als den Nationalsozialismus selbst, der in vielen Hinsichten etwas Neues darstellte und über den herkömmlichen Sonderweg hinausdrängte. Die Sonderweg-These kann gut erklären, warum es in Deutschland so wenig Widerständigkeit gegen die totalitär-faschistische Herausforderung gab, warum sie sich hier Bahn brach und woanders nicht. Aber schwächer ist sie , wenn es um die Analyse des totalitären Faschismus selbst und um seine Entwicklung nach 1933 geht.

Man sollte - im nächsten Schritt - konzedieren, daß es sich bei der Erklärung des Nationalsozialismus um die Erklärung eines hochkomplexen Phänomens handelt. Mit der eindeutigen Gewichtung von Ursachen komplexer Systeme tun sich Historiker, wenn sie ehrlich sind, immer schwer. Unsere methodischen Mittel sind gut genug, falsche Erklärungen auszuschalten oder als reine Spekulation ohne empirischen Befund zurückzuweisen; das ist nicht wenig. Aber in der Regel bleibt ein Bündel von Ursachen, deren Gewichtung dann schwierig ist. Wieviel war den kurzfristig wirkenden Ursachen - Weltkrieg, Niederlage, Wirtschaftskrise etc. - zuzurechnen, wieviel den langfristig wirkenden Strukturen und Prozessen? Schon deshalb ist kaum zu erwarten, daß die Diskussion um den Sonderweg durch Erzielung ganz und gar eindeutiger, allgemein anerkannter wissenschaftlicher Ergebnisse abgeschlossen werden kann. Schließlich ist einzuräumen, daß einige Elemente der herkömmlichen Sonderweg-These im Licht der Kritik revidiert werden müssen, revidiert worden sind. Auf die erfolgreiche Reinterpretation des Kaiserreichs habe ich schon

hingewiesen. Mit der "Feudalisierung des deutschen Großbürgertums" war es viel weniger weit her als man dachte. Die Annäherung von Großbürgertum und Adel war im übrigen ein gesamteuropäisches Phänomen. Das Bild vom deutschen Bürgertum hat sich sehr differenziert. Zweifellos ist manches an der englischen Entwicklung zum Zweck des Kontrasts idealisiert dargestellt worden, in unkritischer Übernahme englischer Selbst-Stilisierungen in der Whig-History-Tradition. Die Sonderweg-Diskussion hat zu vergleichenden Untersuchungen Anlaß gegeben, deren Ergebnisse manches Element der ursprünglichen Sonderweg-These revidiert haben. Dieser Prozeß ist sicher noch nicht beendet. Andererseits hat die vergleichende Forschung der letzten Jahre zentrale Bestandteile der Sonderweg-These bestätigt. Dies im einzelnen zu zeigen, übersteigt die Möglichkeiten dieses Aufsatzes. Ich beschränke mich darauf, an zwei allgemeinere, nicht unbedingt neue Befunde zu erinnern, die gewichtige Eigenarten der deutschen Entwicklung darstellen, sub specie 1933 als Belastung zu begreifen sind und in der jüngeren Forschung geklärt und bestätigt wurden. Zunächst zeigt sich immer wieder, wie kompliziert die deutsche Entwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert aufgrund der Tatsache wurde, daß drei fundamentale Entwicklungsprobleme - und drei damit verbundene Krisen - bei uns fast zeitgleich auf die Tagesordnung der Geschichte kamen. Ich meine die Bildung des Nationalstaats zum einen, die Entscheidung der Verfassungsfrage (also Parlamentarisierung, ja oder nein) zum zweiten und zum dritten - als Folge der bereits begonnenen Industrialisierung tiefgreifende Sozialkonflikte, vor allem sichtbar am Aufstieg einer fundamentaloppositionellen Arbeiterbewegung. Diese drei Krisen überlappten in Deutschland im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts und verstärkten sich gegenseitig. Dagegen war man weder in England noch in Frankreich, noch in den USA, aber eigentlich auch nicht in Polen, Rußland oder Italien mit dieser überfordernden Gleichzeitigkeit dreier Fundamentalprobleme konfrontiert, die zum Normalbestand jeder Modernisierung westlichen Musters gehören, aber oben i.d.R. nicht simultan zur Lösung anstehen. Ich glaube, daß eine ganze Reihe der sub specie 1933 wichtigen Entwicklungen in Deutschland in diesem Rahmen verständlich gemacht werden können: Eigenarten der deutschen Arbeiterbewegung, Schwächen des Parteiliberalismus, Grenzen bür-

gerlicher Macht im Kaiserreich und illiberale Züge in der damaligen politischen Kultur, auch die Art der Nationalstaatsbildung mit "Blut und Eisen", die Aufwertung des Militärs und des Militärischen etc. (16)

Dann hat die vergleichende Forschung der letzten Jahre eine weitere Grundtatsache der deutschen Entwicklung immer wieder bestätigt: das Gewicht und die Kontinität der bürokratischen Tradition. Durch ein früh entwickeltes, effizientes, angesehenes, ausstrahlungskräftiges Berufsbeamtentum und durch eine lange Tradition der erfolgreichen Reformen von oben unterschied sich die deutsche Entwicklung nach Westen wie nach Osten. Ein starker Obrigkeitsstaat bestand, der viel leistete und nicht ohne Grund auf verbreitete Bewunderung stieß, aber mit einer spezifischen Schwäche bürgerlich-liberaler Tugenden - gewissermaßen als Preis - verbunden war. Die bürokratische Tradition prägte die verschiedensten Wirklichkeitsbereiche: die soziale Klassen- und Schichtenbildung, das Schulsystem, Struktur und Mentalität des Bürgertums, die Arbeiterbewegung und das Parteiensystem, die Organisation der großen Wirtschaftsunternehmen, selbst die sozialen Theorien eines Max Weber. Die bürokratische Tradition erleichterte den in Deutschland besonders frühen Aufstieg des Sozialstaats und hat langfristig - bis heute - mitgeholfen, dieser Gesellschaft ein Maß an Leistungskraft und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten, die unter vielen Gesichtspunkten zu begrüßen und keineswegs selbstverständlich sind. Aber die Tradition des mächtigen Beamtenstaats half eben auch mit, die Parlamentarisierung von Reich und Einzelstaaten bis 1918 zu blockieren. Die bürokratischen Traditionen prägten eben auch die Mentalitäten. In den verschiedensten sozialen Milieus erwartete man viel vom Staat, und wenn diese staatsorientierten Erwartungen enttäuscht wurden, konnten sie leicht in staatsorientierte und schließlich systemkritische Proteste umschlagen. Die bürokratisch-obrigkeitsstaatliche Einfärbung der politischen Kultur erklärt sicherlich mit, warum es in den 30er und 40er Jahren nicht zu mehr Widerstand gegen regierungsseitig gedeckte und staatlich initiierte Monstrusitäten kam. (17)
Also: blickt man nur genau genug hin und vergleicht man systematisch, bestätigt sich von der Sonderweg-These nicht alles, aber der Kern.

V. Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Sonderweg-Interpretation in hohem Maß zeitbedingt ist. Sie entstand aus Erfahrungen mit der deutschen Katastrophe der 1930er und 40er Jahre. Sie wird als eine relevante Interpretation der neueren deutschen Geschichte so lange Resonanz finden, wie die Historiker und ihre Leser, die Studenten und die Öffentlichkeit von jener katastrophischen Erfahrung beeinflußt bleiben - direkt oder in Form der Erinnerung. Noch ist dies der Fall. Zukünftige Generationen dagegen mögen stärker von neuen Krisen - z.B. der weltweiten ökologischen Katastrophe - beeinflußt sein als von der Erinnerung an die faschistische Diktatur. Ohne die Fakten zu leugnen und ohne die Erinnerung zu unterdrücken, mögen sie andere Herausforderungen für wichtiger halten. Wenn dies geschieht - und in dem Maß, in dem dies geschieht - wird die Sonderweg-Interpretation der neueren deutschen Geschichte zwar nicht falsch werden, aber an Bedeutung verlieren. Sie wird einen Teil ihrer strukturierenden Kraft und ihrer Plausibilität einbüßen. Sie wird in andere, relevantere Interpretationsschemata eingegliedert werden. Auf diese Weise pflegen umfassende historische Interpretationen üblicherweise an Boden zu verlieren, und die Sonderweg-Interpretation wird vermutlich keine Ausnahme darstellen.

Man kann sich fragen, was die staatliche Wiedervereinigung Deutschlands, wie sie 1990 vollzogen wurde, bedeutet. Dazu seien abschließend fünf Thesen formuliert:

1. Die deutsche Vereinigung stellt keine Rückkehr auf den deutschen Sonderweg dar. Nach seiner geographischen Erstreckung, sozialen Struktur, internationalen Einbindung und kulturellen Färbung ist das neue Gesamt-Deutschland keine Neuauflage des Deutschen Reiches, das 1933 nationalsozialistisch wurde. Der Bruch der Tradition kann nicht und sollte nicht revidiert werden.

2. Man kann sehr gemischte Gefühle angesichts der Neuentstehung eines großen deutschen Nationalstaats haben. Aber die Wiederherstellung des Nationalstaats als solche eröffnet keinen neuen deutschen Sonderweg, im Gegenteil: Sie gleicht die deutschen Verhältnisse an

die europäische Normalität an. In Europa und in anderen Teilen der Welt ist der Nationalstaat die normale politische Organisation entwikkelter Gesellschaften, ob man dies begrüßt oder nicht.

3. Doch resultierte die politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland teilweise aus der West-Ost-Spaltung des Kontinents. Die West-Orientierung der Bundesrepublik wurde durch die deutsche Teilung zumindest erleichtert. Die Spaltung des Kontinents und die Teilung Deutschlands kommen nun an ihr Ende. Wird das neu entstehende Deutschland weniger westlich sein als die Bundesrepublik in den letzten Jahren? Bekommen wir nicht eine ganz neue Mischung regionaler Kulturen, Traditionen und Orientierungen? Wird das neue Deutschland seine Rolle als Brücke zwischen West und Ost statt seine Zugehörigkeit zum Westen betonen? Wird es in dieser Hinsicht denn nicht doch so etwas wie eine Rückwendung zum deutschen Sonderweg geben? Es gibt Anzeichen, die in diese Richtung deuten. Derzeit jedoch ist die Gefahr gering. Unter den gegebenen Verhältnissen findet die Vereinigung Deutschlands als Integration der DDR in die Bundesrepublik statt, als ein Zusammenwachsen unter westdeutschen Bedingungen, als eine Ausdehnung des Westens nach Osten, nicht als ein Kompromiß zwischen West und Ost.

4. Die Revolution in der DDR war eine herausragende Erfahrung, für die Teilnehmer wie für die Beobachter. Auch die Vereinigung stellte einen grundlegenden strukturellen Wandel und eine tiefgreifende Erfahrung dar. Beide Brüche definieren die Konstellation neu, innerhalb der deutsche Geschichte interpretiert wird. Beide dürften zur Stärkung des deutschen Selbstbewußtseins beitragen. Im Licht dieser neuen Erfahrungen dürfte die Sonderwegsthese mit ihren ausgeprägt selbstkritischen Akzenten und ihrer Betonung der Nazi-Zeit an Resonanz verlieren.

5. Aber es könnte auch umgekehrt ausgehen. In den letzten Monaten hat die Neubelebung nationaler Argumentationen und Gefühle nicht zur "Entsorgung", zur Beschönigung und Harmonisierung unserer Vergangenheit geführt, ganz im Gegenteil. Die Betonung nationaler Gemeinsamkeiten ist mit der Erinnerung an gemeinsame Verantwor-

tung in der Vergangenheit Hand in Hand gegangen. Für die politische Kultur des vereinigten Deutschlands wird es entscheidend sein, wie weit es gelingt, die Erinnerung an den deutschen Sonderweg zu erhalten, um seine Wiederholung zu vermeiden.

Eine frühere Fassung dieses Beitrags findet sich - mit Anmerkungen - als: German History before Hitler. The Debate about the German "Sonderweg", in : Journal of Contemporary History 23, 1988, S. 3-16; sowie in: J.Kocka, Geschichte und Aufklärung. Aufsätze, Göttingen 1989, S. 101-113, 187-190.

Anmerkungen

1 B. Faulenbach, Die Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
2 F. Naumann, Der Industriestaat, in: ders., Werke, Bd. 3, Köln 1964, S. 45.
3 Vgl. H. Plessner, Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes, Stuttgart 1959; E. Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1964; K.D. Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen, Tübingen 1962; M.R. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: W. Abel u.a. (Hg.), Wirtschaft, Geschichte, Wirtschaftsgeschichte. Festschrift für Friedrich Lütke zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1966, S. 371-93; L. Krieger, The German Idea of Freedom, Boston 1957; F. Stern, The Politics of Cultural Despair. A Study in the Rise of the German Ideology, Berkeley 1961; G.L. Mosse, The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich,

New York 1964; K. Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962; H. Rosenberg, Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660-1815, Cambridge, Mass. 1958; ders., Die Pseudodemokratisierung der Rittergutsbesitzerklasse (1958), in: ders., Machteliten und Witschaftskonjunkturen, Göttingen 1978, S. 83-101; H.A. Winkler, Die "neue Linke" und der Faschismus. Zur Kritik neomarxistischer Theorien über den Nationalsozialismus, in: ders., Revolution, Staat, Faschismus, Göttingen 1978, S. 65-117; H.-U. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918, Göttingen (1973) 1983 (5), F. Fischer, Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945, Düsseldorf 1979.

4 Vgl. J. Kocka, Ursachen des Nationalsozialismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament", B. 25/80 v. 21.6.1980, S. 3-15; H.A. Winkler, Unternehmensverbände zwischen Ständeideologie und Nationalsozialismus, in: ders., Liberalismus und Antiliberalismus. Studien zur politischen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1979, S. 175-194; H. Möller, Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik. Die Frage des "besonderen" Wegs zum parlamentarischen Regierungssystem, in: M. Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur. Geist und Gestalt politischer Herrschaft in Deutschland und Europa, Düsseldorf 1987, S. 140-157.

5 So Th. Nipperdey, 1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte, in: HZ 227, 1978, S. 86-111.

6 Dies war ein Thema des sog. "Historikerstreits" von 1986/87. Vgl. "Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.

7 Vgl. D. Blackbourn und G. Eley, Mythen deutscher Geschichtsschreibung, Berlin 1980; überarb. engl. Fassung: The Peculiarities of German History: Bourgeois Society and Politics in 19th Century Germany, Oxford 1984.

8 Siehe D.J.H. Peukert, Die Weimater Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt 1987, S. 271. - Vgl. im übrigen R.F. Hamilton, Hitler's Electoral Support: Recent Findings and Theoretical Implications, in: Canadian Journal of Sociology 11,

1986, S. 1-34; J. W. Falter, Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft, in: W. Michalka (Hg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 47-59; M. R. Lepsius, From Fragment Party Democracy to Government by Emergency Decree and National Socialist Takeover: Germany, in: J. J. Linz, u. A. Stephan (Hg.), The Breakdown of Democracy Regimes: Europe, Baltimore 1978, S. 34-79; K. Borchardt, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschafs-geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 165-205; G. L. Mosse, Der Erste Weltkrieg und die Brutalisierung der Politik, in: Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur, S. 127-139; G. D. Feldman, The Weimar Republik: A Problem of Modernisation?, in: Archiv für Sozialgeschichte 26, 1986, S. 1-26.

9 M. Stürmer, Deutsche Fragen oder die Suche nach der Staatsräson, München 1988, S. 70.

10 Vgl. Blackbourn/Eley, Mythen; R. Evans (Hg.), Society and Politics in Wilhelmine Germany, London 1978; M. Stürmer, Das ruhelose Reich. Deutschland 1866-1918, Berlin 1983. H.-U. Wehlers Beitrag zu J. Kocka (Hg.), Bürgertum und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987, S. 243-80 ("Wie bürgerlich war das Deutsche Kaiserreich?") reflektiert diese Umakzentuierung bis zu einem gewissen Grad, zeigt aber auch ihre Grenzen.

11 Vgl. die Ergebnisse in J. Kocka (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3. Bde., München 1988.

12 Vgl. Stürmer, Das ruhelose Reich; H. Schulze, Weimar, Deutschland 1917-1933, Berlin 1982; K. Hildebrand, Der deutsche Eigenweg. Über das Problem der Normalität in der modernen Geschichte Deutschlands und Europas, in: Funke u.a. (Hg.), Demokratie und Diktatur, S. 15-34. Weiterentwicklung der These bei H. Schulze, Die "Deutsche Katastrophe" erklären. Vom Nutzen und Nachteil historischer Erklärungsmodelle, in: D. Diner (Hg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt 1987, S. 89-101.

13 Vgl. die insofern berechtigte Kritik an einer nicht genug spezifizierten Sonderweg-These bei H. Kaelble, Der Mythos von

der rapiden Industralisierung in Deutschland, in GG 9, 1983, S. 106-118; W. Fischer, Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Anmerkungen zum "Deutschen Sonderweg", in: Tel Aviver Jahrbuch für Deutsche Geschichte 16, 1987, S. 96-116.

14 Vgl. M. Prinz, Wohlfahrtsstaat, Modernisierung und Nationalsozialismus, Thesen zu ihrem Verhältnis, in: H.-U. Otto u. H. Sünker (Hg.), Soziale Arbeit und Faschismus, Frankfurt 1988. Als guten Überblick vgl. E. Kolb, Die Weimarer Republik, München 1988².

15 So bei E. Nolte, Der Europäische Bürgerkrieg 1917-1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus, Berlin 1987.

16 Vgl. jetzt J. Sheenan, German History 1770-1866, 1989. Außerdem: J. Kocka (Hg.), Europäische Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Deutschland, Österreich, England und Frankreich im Vergleich, Göttingen 1983.

17 Generell J. Kocka, Capitalism and Bureaucracy in German Industrialization before 1914, in: The Economic Revue, 2nd ser. 33, 1981, S. 453-68. G. A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.